

Wir alle sind Teil der Lösung.

Klimaschutz kann nur als Demokratieprojekt gelingen

Netzwerkimpuls »Klimaschutz & Demokratie«

Der Schutz unseres Klimas ist eine der zentralen Herausforderungen zum Erhalt unseres Planeten und unseres Zusammenlebens in der Zukunft. Seit vielen Jahren bestätigen Klimawissenschaftler/innen weltweit die gesicherte Erkenntnis, dass der globale Anstieg der Treibhausgase zu einem irreversiblen Klimawandel führen wird. Die Folgen eines dramatischen Klimawandels werden die kommenden Generationen nicht nur belasten, sie werden die Weltbevölkerung an ihre Grenzen bringen. Sie werden vieles zerstören, was wir heute noch als Errungenschaften der modernen Zivilisation erachten. Schon jetzt kündigen sich die ersten Veränderungen an: Die Pole schmelzen zusehends. Stürme, Überflutungen, Dürren nehmen zu. Unser Planet gerät ins Wanken. Wir haben noch wenige Jahre vor uns, die darüber entscheiden, wie die nächsten 10.000 Jahre auf unserem Planeten ablaufen werden.

Wenn wir jetzt nicht handeln, ist es zu spät – für immer.

Dies ist auch die Erkenntnis, die gerade die jungen Menschen in allen Ländern unseres Planeten auf die Straße treibt und die beispielsweise auch UN-Generalsekretär António Guterres dazu veranlasst, die Initiative »Countdown«¹ zu unterstützen, die eine Halbierung der Klima-Emissionen bis zum Jahr 2030 erreichen will.

Es gibt wohl keine weltweite Protestbewegung der letzten Jahre, die so starke und anhaltende Aufmerksamkeit erfahren hat wie Fridays For Future. Fridays for Future (FFF) ist eine globale soziale Bewegung ausgehend von Schüler/innen und Studierenden, die sich für möglichst umfassende, schnelle und effiziente Klimaschutz-Maßnahmen einsetzt, um das auf der Weltklimakonferenz in Paris 2015 (COP 21) im Weltklimaabkommen beschlossene 1,5-Grad-Ziel der Vereinten Nationen noch einhalten zu können. Einen ersten Höhepunkt erreichten die kontinuierlichen Proteste von FFF mit dem dritten Global Climate Strike am 20. September 2019, an dem sich bei 6.000 Einzelprotesten in 185 Ländern weltweit rund 7,6 Millionen Menschen beteiligten.² Mit insgesamt rund einer Million Teilnehmer/innen in zahlreichen deutschen Städten war der deutsche Beitrag besonders groß. Erst die Covid-19-Krise mit ihren Ausgangsbeschränkungen und Schulschließungen sorgte 2020 dafür, dass dieser jugendgeprägte Protest vorübergehend aus der Öffentlichkeit verschwand, seine digitalen Netzwerkstrukturen jedoch festigen konnte. Es geht der nachwachsenden Generation dabei nicht um ein Thema unter vielen, sondern um eine zentrale Zukunftsfrage und um Generationengerechtigkeit, die Erwachsene in allen Berufen und Milieus ernst nehmen sollten.

Der FFF-Protest ist ein kräftiger und Mut machender basisdemokratischer Schritt auf einem langen Weg in Richtung nachhaltige Entwicklung als notwendige Voraussetzung zur Sicherung der Lebensgrundlagen heutiger und künftiger Generationen. Mit der »Agenda 21« hatte die UN-Konferenz von Rio de Janeiro schon 1992 Leitlinien

festgelegt, wie die globale Entwicklung im 21. Jahrhundert international, national, regional und lokal auf eine tragfähige Basis gestellt werden könne. Mit der in New York 2015 von allen Staaten der Welt verabschiedeten Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) wurde dieser Rahmen erneuert und erweitert. »Transforming our World«, »Leave no one Behind« und »Ein ›Weiter so‹ ist nicht akzeptierbar« lauten einige der Hauptüberschriften dieses weltweiten Abkommens.

Eines ist dabei allerdings auch klar: Die Energie- und Klimawende wird nur als Demokratieprojekt gelingen.

Es gibt gute Gründe, beim Klimaschutz nicht allein auf monetäre Anreize und Marktpreise und/oder auf staatliche Sanktionen und Subventionen zu setzen. Die Steuerungswirkungen dieser Instrumente sind begrenzt und häufig sozial unausgewogen; von den vielfältigen Widerständen und exit-Optionen ganz zu schweigen. Es braucht eine verantwortliche Bürgerschaft (ecological citizenship), die gerade die Energie- wende auch zu ihrer eigenen Sache macht. Gefordert ist jede und jeder Einzelne in ihrem/seinem tagtäglichen Handeln.

Aber das ist bei weitem nicht genug: Jede Organisation – jedes Wirtschaftsunternehmen, jeder Verband und Verein, jede Kommune, jede Verwaltungseinheit, jedes Bundesland – und alle Verantwortungsträger/innen in unserer Gesellschaft müssen sich als Teil der Lösung verstehen.

Erfolgreich und zukunftsfruchtig wird dies alles allerdings erst, wenn die Maßnahmen, die wir in jedem unserer Handlungs- und Arbeitszusammenhänge ergreifen, von allen Menschen in der Organisation getragen werden. Es bedarf der Partizipation und Beteiligung an den Entscheidungen darüber, welche Maßnahmen ergriffen werden. Und: Es bedarf der Partizipation und Beteiligung an der Umsetzung dieser Maßnahmen.

Per »ordre de mufti« werden die Klimaziele auf Dauer nicht durchzusetzen sein. Gefragt ist vielmehr die Beteiligung der Menschen auf allen Ebenen und in allen Handlungsfeldern.

Nur wer gefragt wird und beteiligt ist, übernimmt auch Verantwortung.

Die Ansätze für Beteiligung und Engagement zum Schutz unseres Klimas sind dabei vielfältig: Es existieren viele zivilgesellschaftliche Initiativen und eine große Zahl an Beteiligungsangeboten von Institutionen etc. die zeigen, dass es vielen nicht egal ist, was geschieht. Diese Vielfalt und die Vielzahl der Menschen gibt Hoffnung. Sie bedarf der nachdrücklichen Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte.

Naiv dürfen wir dabei aber auch nicht sein: Es gibt viele Konflikte rund um dieses Thema – sei es in Bezug auf die Tiefe der erforderlichen gesellschaftlichen Eingriffe, die Dringlichkeit oder gar die Notwendigkeit des Handelns, sei es in Bezug auf die zu ergreifenden Maßnahmen, die angemessenen Aktivitäten oder die dafür zuständigen Akteure. Die Gräben ziehen sich durch Nachbarschaften und durch Gruppen von

Engagierten. Sie tun sich auf in den Kommunen, auf Ebene der Bundespolitik bis hin zur EU und zur gesamten Weltgemeinschaft. Zu beobachten sind auch zunehmend selbstinteressierte, für Argumente nicht offene Haltungen von NIMBY-Protesten (Not In My BackYard) und Populismus gegen Maßnahmen zum Klimaschutz.

Unsere Gesellschaft und unsere Politik müssen sich diesen Konflikten stellen. Wir alle müssen sie aushalten und austragen – dort wo wir stehen. Jedoch dürfen wir uns dadurch nicht davon abhalten lassen, die erforderlichen Schritte hin zu einem wirkungsvollen Klimaschutz zu gehen.

Die derzeitige und zukünftige Weltbevölkerung braucht ein zukunftssträchtiges, solidarisches und demokratisches Handlungskonzept über alle Generationen hinweg.

Aber gerade hierbei zeigen sich – vor allem den engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren – deutliche Grenzen: Ihre Einflussmöglichkeiten sind trotz aller Beteiligungschancen sehr begrenzt. Diese Erkenntnis traf die FFF-Aktivist/innen mit voller Wucht auf der Klimakonferenz 2019 in New York. »How dare you!« kommentierte Greta Thunberg die Ergebnisse des Klimagipfels und brachte damit nicht nur ihr Unverständnis, sondern auch Verzweiflung und Wut zum Ausdruck.

Für die meisten der anwesenden Konferenzmitglieder, die schon lange die Klimaverhandlungen begleiten, war die Verkündung der Ergebnisse keine Überraschung. Denn sie haben sich daran gewöhnt, dass die Forderungen der NGOs zwar als wichtig und notwendig eingeschätzt werden, um die globale Klimapolitik voranzubringen und den Klimawandel zu bekämpfen, aber in der politischen Gemengelage der Verhandlungen setzen sich doch nur allzu häufig privatwirtschaftliche Interessen durch, die von einem wirksamen Klimaschutz weit entfernt sind.

In einem mittlerweile eher undurchsichtigen institutionellen Netz aus nationalen, europäischen und internationalen Klimainstitutionen, -abteilungen und -arbeitsgruppen (IPCC, UN-Klimasekretariat, Europäische BMU, UBA etc.) werden – ähnlich einem Flickenteppich – CO₂-Emissions-, Klimaanpassungs-, Erneuerbare Energien- und viele andere Programme auf den Weg gebracht. Gleichzeitig werden die negativen Auswirkungen, die sich durch vielfältige Probleme in Bezug auf Transparenz sowie Repräsentations- und Kontrollmöglichkeiten ergeben, eher selten diskutiert. Dabei sind Repräsentation, Verantwortlichkeit und Kontrolle gerade bei den neuen Klimaverhandlungssystemen mehr als undurchsichtig. Der Blick auf die Beteiligungsmöglichkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen der Klimapolitik zeigt, dass diese sehr differenziert und kritisch zu beurteilen sind und intransparente Governance-Strukturen eine wirksame Einflussnahme von zivilgesellschaftlichen Gruppen eher verhindern als befördern.

Ein Blick auf die unterschiedlichen Ebenen verdeutlicht die Schwierigkeiten und einen Mangel an Einflussmöglichkeiten:

Internationale Ebene

Auf internationaler Ebene erfolgt die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Gruppen – bis auf vereinzelte Protestaktionen – in erster Linie über Lobbyarbeit in den internationalen Gremien und Arbeitsgruppen des von den Vereinten Nationen etablierten Klimaverhandlungsprozesses. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen können im Rahmen eines Akkreditierungsprozesses einen »Consultative Status« erlangen. Durch diesen können sie ihre Expertise einbringen, auf ihre Positionen aufmerksam machen und die Kontroverse suchen. Sie können sogenannte »side events« auf den offiziellen Verhandlungen anbieten, aber Mitbestimmungsrechte haben sie in den unterschiedlichen Foren nicht. Auch ein offizielles Rederecht wird ihnen nur sehr vereinzelt zugesprochen.

Europäische Union

Ein ähnliches Bild lässt sich auch für die Ebene der Europäischen Union zeichnen, bei der die Beteiligung in erster Linie über eine verbandlich-lobbyistische Interessenvermittlung innerhalb der EU-Institutionen erfolgt – hier vor allem über die Kommission und die vielen Arbeitsgruppen und Komitees, die sich rund um die Kommission gebildet haben. Darüber hinaus gibt es ein Konsultationsverfahren zu europapolitischen Themenfeldern über den zivilen Dialog sowie die sogenannten Grünbücher. Im zivilen Dialog wird »relevanten Interessengruppen« die Möglichkeit zur Meinungsäußerung gegeben. Im Gegensatz zur internationalen Ebene sind allerdings vorwiegend die einflussreichen und beratungsorientierten NGOs vertreten, die von der EU als »relevante Interessengruppen« eingestuft werden und Zugang zu den Konsultationsverfahren der EU-Verwaltung finden.

Zwar gibt es vereinzelt Versuche, dem Demokratiedefizit durch neue Beteiligungsinitiativen entgegenzuwirken, zum Beispiel in Form der Europäischen Bürgerinitiative oder aber durch die Möglichkeit, dass sich einzelne Bürger/innen mittels einer Petition direkt an das Europäische Parlament wenden können (beispielsweise in Form eines individuellen Ersuchens, einer Beschwerde oder Bemerkung zur Anwendung von EU-Recht oder einer Aufforderung an das Europäische Parlament, zu einer bestimmten Angelegenheit Stellung zu nehmen). Insgesamt lässt sich aber festhalten: Die Europäische Union ist von transparenten, beteiligungsorientierten Entscheidungsstrukturen weit entfernt – häufig sind die Strukturen selbst für geschulte Brüssel-Kenner schwer überschaubar.

Ebene der Nationalstaaten, Regionen & Kommunen

Auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene erleben wir gegenwärtig einen wahren Partizipationsboom im Klimabereich. Gerade im Zusammenhang mit der Energiewende werden partizipative Governance-Konzepte hervorgehoben. Von Seiten der Entscheidungsträger/innen gibt es vielfältige Bemühungen, den Forderungen nach »mehr Bürgerbeteiligung« zu entsprechen. Neben der Anwendung der durch formelle Planungsverfahren vorgesehenen Möglichkeiten werden in verschiedenen Bereichen inzwischen

auch vielfältige informelle Dialog- und Beteiligungsverfahren auf freiwilliger Basis durchgeführt (etwa Zukunftswerkstätten, Planungszellen, öffentliche Diskussionsveranstaltungen, Online-Dialoge etc.).

Insgesamt haben die vielfältigen Partizipationsprojekte der vergangenen Jahre gezeigt, dass es ganz offensichtlich nicht an Ideen und Vorschlägen für Demokratieinnovationen und noch viel weniger an der Motivation zu mehr Beteiligung fehlt, sondern dass die Partizipation immer wieder an die gleichen Probleme und Grenzen von etablierten Institutionen beziehungsweise Politiksystemen stößt.

Bislang lassen sich – trotz des Partizipationsbooms – auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene keine Öffnungsprozesse bisheriger Machtkonstellationen für die Bürger/innen – oder gar eine Abgabe von Entscheidungsbefugnissen an diese – beobachten. Dies trifft vor allem auch auf die Klimapolitik zu, die sehr stark von privatwirtschaftlichen Interessen beeinflusst wird.

Aber sind wir wirklich »gescheitert«, wie es Thilo Bode, der ehemalige Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, am 24.9.2020 in der Zeitschrift »Stern« formulierte? Wir sagen nein. Es gibt viele sinnvolle Ansätze, viele Menschen, die aktiv sind – und die es noch werden möchten, wenn sie wissen, wo sie anfangen sollen zu handeln. Der Klimaschutz erfordert ehrgeizige Maßnahmen und auch die Abkehr von alten Gewohnheiten und Machtverhältnissen.

Aber: Es braucht auch den Willen der Entscheidungsträger/innen, bestehende institutionelle Verkrustungen aufzubrechen, wirtschaftliche Egoismen zur Seite zu schieben, Menschen auf allen Ebenen an der Lösung zu beteiligen und Veränderungen hin zu einem wirklichen Klimaschutz mit aller Kraft zu forcieren.

Handlungsansätze: Was können wir tun?

- Welche Möglichkeiten bestehen, um das Interessengeflecht auf den unterschiedlichen Ebenen aufzubrechen?
- Welche überzeugenden Modelle für zeitgemäße und durchschlagende Maßnahmen zum Klimaschutz bis hin zur Klimaneutralität existieren schon?

1. Zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen: Geben wir Fridays For Future und den anderen Initiativen den nötigen Rückenwind!

Die Fridays For Future-Bewegung hat gezeigt, dass sich innerhalb kürzester Zeit viel verändern kann. Ihre Proteste haben die Öffentlichkeit sensibilisiert und die Politik unter Druck gesetzt. Wenn die Mobilisierungswelle anhält und sich die Protestakteure mit den Klimaaktivist/innen vernetzen und wenn sie ihre Ziele und Forderungen gleichzeitig auch mit Forderungen für verbindliche Regeln für Bürgerbeteiligung sowie für neue Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsrechte auf den unterschiedlichen Ebenen verbinden, dann könnten sich die Einflussmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure

insgesamt sehr vergrößern.

Neben Fridays For Future (FFF) gibt es viele weitere Initiativen, die das Thema Klimaschutz im politischen Raum platzieren möchten. Die Mitglieder der internationalen Bürgerlobby Klimaschutz – Citizens' Climate Lobby Germany e.V. – suchen beispielsweise das direkte Gespräch mit Politikerinnen und Politikern. Sie möchten ihre fachliche Kompetenz zum Thema Klimaschutz einbringen und Politiker/innen ermutigen, sich für stärkeren Klimaschutz einzusetzen. Das erreichen sie mit persönlichen Gesprächen – und dabei vor allem mit Wertschätzung und gegenseitigem Respekt.³

2. Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik & Stadtgesellschaft auf kommunaler Ebene (wieder) stärken: Wir brauchen ein zeitgemäßes Revival der lokalen Agenda 21!

Auf dem Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro beschlossen 179 Staaten das erste Mal einen weltweiten Aktionsplan für eine umweltverträgliche, nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert – die Agenda 21. In ihrer besten Zeit verabschiedeten 2006 mehr als 2.600 Kommunen Beschlüsse zur lokalen Agenda 21. In vielen Kommunen ist es leider sehr ruhig geworden um die lokale Agenda 21. Aber einige zeigen auch, was möglich ist, wenn Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft an einem Strang ziehen, um den Klimaschutz voranzubringen:

In **Bielefeld** gibt es eines der wenigen bundesweit noch verbliebenen Agendabüros, die durchaus ambitionierte Bildungsformate anbieten. Bielefeld ist Fairtrade-Stadt, führt eine sog. Kindermeilen-Kampagne: Kindertageseinrichtungen und Grundschulen machen sich auf den Weg für mehr Klimaschutz. Die Kampagne ÖKOPROFIT® bringt Bielefelder Unternehmen integrierten Umweltschutz bei. Wenn Wirtschaftsunternehmen den Ressourcenverbrauch reduzieren oder Abfälle vermeiden, dann entlasten sie nicht nur die Umwelt und das Klima, sondern senken in der Regel auch ihre Kosten. Der Grundgedanke von ÖKOPROFIT® ist genau diese Verbindung von ökologischem Nutzen und ökonomischem Gewinn. Die Bielefelder Erfahrungen seit 2002 ergeben bei den rund 132 teilnehmenden Betrieben jährliche Einsparungen von insgesamt 84 Millionen kWh Energie, 333.700 m³ Wasser, 2.750 Tonnen Abfall und 17.400 Tonnen CO₂.

Parallel beteiligte sich Bielefeld von 2016 bis 2019 am Projekt »KlimaNetze – Transformationen im Klima- und Ressourcenschutz durch die Gestaltung von Governanceprozessen« mit dem Ziel, Bedingungen zu identifizieren, in denen innovative Ideen im urbanen Klimaschutz besser realisiert werden können. Dieses transdisziplinäre Forschungsvorhaben integriert Perspektiven aus Soziologie, Humangeographie und Stadtplanung. Es untersucht die existierenden sozialen Regelungsstrukturen sowie Koordinations- und Interaktionsprozesse im Bereich des Klimaschutzes (Klimagovernance) in der Stadt. Die erfolgreiche Beteiligung von Akteuren aus allen gesellschaftlichen Teilbereichen wird hierbei als zentral angesehen.

Auf massiven Druck von FFF hatte der Rat der Stadt in Bielefeld seiner Sitzung am 11.

Juli 2019 mehrheitlich den Klimanotstand erklärt. Er erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihre schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an und unterstützt damit ausdrücklich das Engagement all derjenigen, die sich für mehr Klimaschutz einsetzen.

Im Januar 2020 startete das Folgeprojekt »KlimaNetze 2.0: Soziale Innovationen ermöglichen durch eine strukturelle Verankerung von Governanceprozessen«. Es will in der Stadt Bielefeld eine unabhängige Plattform zur Unterstützung von sozialer Innovation und zivilgesellschaftlichem Engagement im Klimaschutz aufbauen.

In **Gütersloh** existiert seit 5 Jahren ein Klimabeirat, der sich aus stimmberechtigten Vertretenden von Zivilgesellschaft und Unternehmen sowie beratenden Mitgliedern der Ratsparteien zusammensetzt. Ebenso auf Druck von FFF hat der Rat die Klimaschutzziele (die bislang partiell verfehlt wurden) bekräftigt, und die Transformation zu einem »Gremium der Stadtgesellschaft für eine klimagerechte Stadtentwicklung« beschlossen.

Im Projekt Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK NRW) werden NRW-Kommunen bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien und Nachhaltigkeitsberichten für eine global Nachhaltige Entwicklung begleitet.⁴

3. Beteiligung für den Klimaschutz in Kommunen und der Regionen stärken: Teilhabe ernst nehmen!

7

Auch die ernst gemeinte Beteiligung an konkreten kommunalen und regionalen Klimaschutzprojekten birgt viele Potenziale und bringt – dank der gemeinsamen Beratung und Anstrengung aller Akteure – Innovationen auf den Weg.

Seit 2016 nimmt beispielweise der Regionalverband **Großraum Braunschweig** am Modellvorhaben »Masterplan 100% Klimaschutz« teil. Die Einwohner/innen hatten von Beginn an die Möglichkeit, sich aktiv an der Erstellung des Masterplans zu beteiligen. In der ersten Phase geschah dies mit Hilfe eines Bürgergutachtens, in dem Handlungsempfehlungen für verschiedene Themenfelder entwickelt wurden. Doch dabei sollte es nicht bleiben: Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse des Bürgergutachtens berücksichtigt werden und Impulse von Einwohner/innen kontinuierlich in den weiteren Prozess einfließen können, wurden ein Bürger/innen-Beirat und ein Netzwerk von Engagierten aus der Region gegründet.⁵

Auch das Projekt »Lernfeld Kommune für Klimaschutz«, das bisher in **Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen** realisiert wurde, möchte Impulse geben und dafür sorgen, dass Schulen, Kommunen und externe Bildungspartner zu einer dauerhaften Kooperation gelangen, die den Schüler/innen eine Mitwirkung an der kommunalen Klimaschutzpolitik ermöglicht.⁶ In vielen der rund 100 deutschen Kommunen, die den Klimanotstand ausgerufen haben – weltweit sind es einige tausend – sind Initiativen und Lokalverwaltungen dabei, die lokale Klimabilanz zu verbessern. Im bundesweiten Klima-Bündnis haben sich mehr als 500 Kommunen vernetzt.

4. Menschen einbeziehen & ermutigen: Das Zusammenspiel von Engagement und Partizipation beim Klimaschutz muss verbessert werden!

Es ist keine Frage: Soll der Schutz unseres Klimas wirklich gelingen, müssen die Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen mitgenommen werden. Bürgerbeteiligung bietet gerade über die zahlreichen sog. »deliberativen Verfahren« – anders als direktdemokratische Verfahren der Entscheidungsfindung – den Vorteil, Perspektiven von Betroffenen aufeinander zu beziehen und Entscheidungen miteinander intensiv zu beraten.⁷ In derartigen Beteiligungsverfahren geht es darum, den parlamentarischen Entscheidungsträger/innen gute Argumente und damit verbundene Vorschläge zu übergeben und die öffentliche Meinungs- und Willensbildung zu befördern. Wichtig ist, dass diese Verfahren den notwendigen Qualitätsanforderungen entsprechen. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung hat hierzu unter anderem die »Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung« entwickelt. Von zentraler Bedeutung ist dabei der sorgfältige Umgang mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung. Nur wenn das, was die Teilnehmenden im Beteiligungsprozess erarbeitet haben, auch in die Entscheidungsfindung und die damit verbundenen Abwägungsprozesse der Verantwortlichen einfließt, hat Beteiligung überhaupt eine Berechtigung und einen Sinn.

Die Art der Zusammensetzungen der Akteure in diesen Beteiligungsprozessen variiert. Von einer Zufallsauswahl, über einen allgemeinen Aufruf bis hin zur gezielten Ansprache einzelner Akteure und Interessengruppen (Stakeholder-Formate etc.) ist vieles möglich. Wichtig ist, dass die Beteiligungsformate dem Beteiligungsgegenstand und den Zielsetzungen der Beteiligung entsprechend angepasst werden. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist gerade bei ökologischen Themen oft eng verbunden mit praktischem Engagement und konkreten Projekten. Gerade beim Klimaschutz bieten sich vielfach handlungsorientierte Anknüpfungspunkte in der ganzen Breite des Themenfeldes an. Und oft bringt dieses Engagement gute Lösungen hervor (etwa in Forst- und Landwirtschaft, aber auch bei Verkehr und Gebäudebau oder bei der Bearbeitung des Themas etwa in Schulen und Hochschulen oder auch in Initiativen, Vereinen und Verbänden wie auch in Projekten mit entsprechender Themenstellung). Engagement ist oft Ausgangspunkt – zuweilen auch Folge – von partizipativen Verfahren unter Einbindung der interessierten Bürgerinnen und Bürgern: Wer im Engagement mit Klimathemen befasst ist, wird oft auch motiviert, sich bei anstehenden politischen Entscheidungen partizipativ einzubringen. Engagement ist hierbei auch ein Ort, an dem politisches Lernen und die Ausbildung demokratischer Werte und Haltungen erfolgen können. Ganz wichtig dabei sind Erfahrungen der »Selbstwirksamkeit«, die deutlich machen: Engagement und Partizipation lohnen sich!

Ein Beispiel hierfür sind die interkulturellen Umweltmentor/innen, wie sie in **Heilbronn** eingesetzt werden. Sie tragen ihren Teil dazu bei, dass Menschen für den Klimaschutz aktiv werden, die im kommunalen Alltag kaum zu erreichen sind.⁸

4. Klimaschutz hat Folgen für den Alltag und die Lebenswelt einzelner Menschen: Beteiligung muss Gesprächsgrundlagen schaffen und kann dazu beitragen, Konflikte aufzubrechen!

Unter anderem am Beispiel der Windenergie wird es deutlich: Erneuerbare Energien – vor allem deren Infrastrukturen – haben in Deutschland ein zunehmendes Akzeptanzproblem. Die Konflikte zwischen Bürgerinitiativen vor Ort und den Träger/innen der Planung sind teils erbittert. Dazu trägt auch die im Baurecht formalisierte Bürgerbeteiligung bei, die wenig Spielraum für einen wirklichen, ergebnisoffeneren Diskurs bietet. Eine dialogorientierte Beteiligung und ein verstärkter Austausch zwischen Betroffenen, Wirtschaft und Politik hat das Potential, einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und der Verhärtung von Meinungsfronten entgegenzuwirken. Daher erscheint es zentral, dass der gesellschaftliche Diskussionsfaden nicht abreißt und sich die verschiedenen Milieus nicht in den Echokammern des Internets abschotten, sondern sich in Beteiligungsprozessen – auch an Runden Tischen – treffen, um Projekte zu besprechen und gegenseitiges Verständnis (zurück) zu erlangen. So können ökologische und gesellschaftliche Innovationsprozesse von der Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven profitieren.

5. Wissenschafts- und Forschungspolitik öffnen: Zivilgesellschaftliche Akteure müssen am Agenda-Setting beteiligt werden!

In den Handlungsräumen der organisierten Zivilgesellschaft haben sich zahlreiche Wissensspezialist/innen entwickelt, die als Advokat/innen und »public interest groups« wirken und die mit den Netzwerken der Zivilgesellschaft eng verbunden sind. Es gibt Plattformen und auch Metaplattformen der zentralen Diskurse, in denen trans- und interdisziplinäres Wissen und gesellschaftliche Befunde und Erfahrungen verarbeitet werden. Vor diesem Hintergrund sollten zivilgesellschaftliche Akteure am Agenda Setting in der Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik – in einem viel stärkeren Maße notwendig als in früheren Jahren – beteiligt werden. Dies hat zu tun mit dem zivilgesellschaftlichen Aufbruch auf der einen Seite – mit wachsender Expertise und dem Bedürfnis nach Mitsprache gesellschaftlicher Gruppen – und mit gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen auf der anderen Seite. Erforderlich ist daher eine strukturelle öffentliche Förderung der **Wissenschaftsplattformen** der Zivilgesellschaft bei voller fachlicher Unabhängigkeit, von »Citizen Science« sowie eine verbindliche Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure in Beratungszusammenhängen der Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik.

6. Beteiligung der Einwohner/innen an gesamtstaatlichen Entscheidungen ermöglichen: Nationale Beteiligungsansätze können den Beschluss und die Umsetzung notwendiger Maßnahmen befördern!

Im Juni 2020 legten in **Frankreich** 150 durch Zufall ausgewählte Bürger/innen ihre Vorschläge zur Reduktion der französischen CO₂-Emissionen um 40% vor. Die Bürger/innen schlugen unter anderem ein Tempolimit von 110 km/h und das Verbot von

Inlandsflügen vor. Der Präsident der Republik, Emmanuel Macron, hatte dem Bürgerrat bei der Eröffnungsrede zugesichert, die Vorschläge ungefiltert entweder einer Volksabstimmung, einer Abstimmung im Parlament oder einer direkten Umsetzung durch die Regierung zuzuführen.⁹

Ähnliche Ansätze sind auch in anderen Staaten Europas im Gespräch bzw. in Vorbereitung. Besonders geeignet sind solche »Bürgerräte« für die Lösung von konfliktbehafteten Problemen, bei denen die Lösung harte Einschnitte für einzelne Subsysteme der Gesellschaft bedeutet. Solche Probleme werden von der parlamentarischen Demokratie wegen der stets anstehenden nächsten Wahlen gerne vertagt. Die in allen europäischen Ländern anstehenden Klimaschutzgesetze erfordern aber solche konfliktbelasteten Entscheidungen. Hier kann ein Bürgerrat oder ein anderer auf nationaler Ebene angelegter Beteiligungsansatz den Parlamenten helfen, sich bei schwierigen Entscheidungen abzustützen.¹⁰

Bei allen positiven Effekten gibt es auch viele Herausforderungen und offene Fragen, die bearbeitet und beantwortet werden müssen, wenn man in partizipativen Prozessen auf die Beteiligung zufällig ausgeloster Bürger/innen setzt. Ihre Realisierung birgt viele Herausforderungen: von der Einbettung in institutionelle politische Prozesse bis hin zur prägenden Rolle der Veranstalter/innen und Auftraggeber/innen. Nicht zu vergessen ist zudem, dass viele Bürger/innen heute den Anspruch haben, sich direkt einzubringen – eine Erwartung, die bei diesem Beteiligungsansatz vom Losglück abhängt.¹¹

Es bedarf also großer Sorgfalt bei der Planung und Realisierung solcher nationalen Ansätze. Und vor allem können sie die angesprochenen Aktivitäten auf den anderen politischen Ebenen und besonders vor Ort nicht ersetzen.

Fazit: Veränderung gestalten & Handlungsmöglichkeiten eröffnen – Klimaschutz geht uns alle an.

Dieser Netzwerkimpuls zeigt, dass viele zukunftssträchtige Handlungsansätze existieren, um wirkungsvolle Maßnahmen zum Klimaschutz auf den Weg zu bringen und zügig zu realisieren. Die genannten – und viele weitere – gute Beispiele sind Mutmacher und zeigen uns Handlungsmöglichkeiten auf. Was wir nun brauchen ist der engagierte Einsatz vieler Menschen, die sich – dort, wo sie stehen – für mehr Klimaschutz stark machen. Wir benötigen aber auch den unbedingten Willen aller Entscheidungsträger/innen, den Klimaschutz voranzubringen und hierfür Prioritäten, Strukturen und Prozesse konsequent und schnell zu verändern. Im Kontext dieser Veränderungsprozesse gilt es, möglichst viele Menschen einzubeziehen und ihnen Handlungsoptionen und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen und ihre Potenziale zu nutzen. Wir haben jetzt die Möglichkeiten und sollten alle Kräfte bündeln, um eine lebenswerte Zukunft für uns und die kommenden Generationen zu erhalten und zu gestalten.

Mitglieder der AG Klimaschutz des Netzwerkrates: Hans-Liudger Dienel, Achim Hertzke, Ansgar Klein, Roland Roth, Heike Walk und Marion Stock (fachliche Begleitung & Redaktion)

Anmerkungen

¹ <https://countdown.ted.com>

² Verlässliche Einblicke in die Motive, Ziele und das Profil von FFF bieten zwei umfangreiche internationale Demonstrationsbefragungen im Frühjahr 2019 in 16 Städten in Europa (Wahlström et al. 2019) und Herbst 2019 weltweit in 19 Städten (de Moor et al. 2020) – vgl. hierzu Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hg.) 2020: Fridays For Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung. Bielefeld: transcript

³ Martin Delker (2020): Bürgerlobby Klimaschutz – Wo gewöhnliche Menschen außergewöhnliche Arbeit leisten, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Newsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 2/2020, erschienen am 2. Juli 2020. Link: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/1_2020/nbb_beitrag_delker_200408.pdf

⁴ <https://www.lag21.de/projekte/details/global-nachhaltige-kommune/>

⁵ Kerstin Hanebeck, Kristina Kötterheinrich, Lisa Krüger (2020): Bürgerbeteiligung auf regionaler Ebene – Erfahrungen aus dem Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig. Newsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 2/2020, erschienen am 2. Juli 2020. Link: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/1_2020/nbb_beitrag_hanebeck_koetterheinrich_krueger_200408.pdf

⁶ Michael Danner (2020): Kommune als Lernfeld für Klimaschutz und Demokratie vor Ort. Newsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 2/2020, erschienen am 2. Juli 2020. Link: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/1_2020/nbb_beitrag_danner_200408.pdf

⁷ Renn, Ortwin 2020: Partizipative Klimapolitik: Erfahrungen, Grenzen und Aussichten deliberativer Bürgerbeteiligung zur Steuerung systemischer Risiken. In. BBE-online-Reihe, Arbeitspapier Nr. 11: <https://www.b-b-e.de/publikationen/arbeitspapiere/>

⁸ Simon Oesterle, Lisa Schuhmann (2020): Klima- und Umweltschutz beginnt im Kleinen. Interkulturelle Umweltmentor/innen in Heilbronn. Newsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 2/2020, erschienen am 2. Juli 2020. Link: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/2_2020/nbb_beitrag_oesterle_schumann_200702.pdf

⁹ <https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/en/>

¹⁰ Hans Liudger Diemel (2020): Klimabürgerräte in Europa: Eine demokratische Innovation kombinatorischer Demokratie. Newsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 4/2020, erschienen am 21.12.2020. Link: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/4_2020/nbb_beitrag_diemel_liudger_201221.pdf

¹¹ Siehe auch Roland Roth (2020): Auf der deliberativen Welle reiten? Anmerkungen zur Karriere von Losverfahren in der Bürgerbeteiligung. Newsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 2/2020, erschienen am 2. Juli 2020. Link: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/2_2020/nbb_beitrag_roth_200702.pdf